

**HT 2018: Gespaltene Gesellschaften:
Politiken des Weißseins: Gespaltene
Gesellschaften in Europa und
Nordamerika**

Veranstalter: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Datum, Ort: 25.09.2018–28.09.2018, Münster

Bericht von: Clara Maddalena Frysztacka, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Europa-Universität Viadrina

Der Sektion „Politiken des Weißseins“ lag eine genauso interessante wie aktuelle Beobachtung zugrunde und zwar die erneute Relevanz, die der Begriff Identität sowie die Konflikte über die essentialisierten Eigenschaften eines behaupteten identitären Zentrums (west-)europäischer und (nord-)amerikanischer Gesellschaften im ‚westlichen‘ politischen Kommunikationsfeld erlangen. Identitätspolitik als politische Ressource von ethnisch, rassistisch und/oder geschlechtlich diskriminierten Gruppen – Frauen, LGBTQ, Schwarze, People of Color – und somit traditionell im linken Aktivismus angesiedelt, wird paradigmatisch in der Rhetorik des neuen US-Präsidenten Donald Trump vom rechts-konservativen politischen Spektrum angeeignet. Diese identitäre „Re-Zentrierung“ – um die Wortwahl der Panelleiter/innen wiederzugeben – bestreitet zu einen gerade jene Prinzipien wie Freiheit, Liberalismus und Pluralismus, die zum Kern des modernen Selbstverständnisses des Westens als Träger hegemonialer universeller Werte gehören. Daraus resultiert zum anderen eine Markierung bzw. eine Sichtbarmachung und Partikularisierung wenn man so will, von den ebenso hegemonialen und bisher eher universalisierten Identitätskategorien der westlich-kolonialen Moderne wie weiß, männlich, heterosexuell. Um ein solches Phänomen zu untersuchen, hob CLAUDIA KRAFT (Wien) in ihrer Einführung die Notwendigkeit einer historischen Perspektivierung hervor, die zumindest bis in die 1980er-Jahre zurückreicht und die Gesellschaften sowohl auf der einen als auch an anderen Seite des ehemaligen Eisernen Vorhangs im Betrachtung zieht. Sie sprach sich somit für eine Überwindung der

temporalen Zäsuren und räumlichen Spaltungen aus, welche die Historiographie aus dem Kalten Krieg geerbt habe, hin zu einer Kulturgeschichte, die nach Gemeinsamkeiten, Verflechtungen und Kontinuitäten zwischen ost- und westeuropäischen bzw. nordatlantischen soziokulturellen Prozessen vor und nach dem Wendejahr 1989 suche.

Im ersten Beitrag wies BARBARA LÜTHI (Köln) auf das koloniale Vermächtnis und auf die identitäre Funktion hin, die für die aktuelle Kritik an der Identitätspolitik Schwarzer und People of Colour seitens konservativer als auch liberal-orientierter Akteure der Schweizer Öffentlichkeit prägend seien. Die Schweiz stelle dabei einen besonders interessanten Untersuchungsgegenstand dar, da sie aufgrund des Fehlens von Kolonien selten als Ort kolonialer Diskurse analysiert werde. Der Vortrag begann deswegen mit der doppelten Erfahrung von sowohl rassistischer Fremdzuschreibung („Neger“) als auch totaler Unsichtbarkeit schwarzer Existenz („weiße Wildnis“), welche der afroamerikanische Schriftsteller James Baldwin bei seinem Besuch in der Schweiz in den 1950er-Jahren erlebte.¹ In den aktuellen Vorwürfen von Ethno-Partikularismus und Anpassungsunfähigkeit an die westlich-pluralistische Gesellschaft, die Publizisten wie René Scheu an Organisationen von nicht-weißen (und nicht-männlichen) Subjekten üben, lasse sich gerade eine fehlende Auseinandersetzung mit dem Schwarzsein als kolonialer Kategorie der Differenz beobachten, was wiederum zu einer Schweizer weißen, hegemonialen Identität beitragen würde. Um diese Grundthese zu untermauern, formuliert Lüthi drei Argumente. Erstens werde die Präsenz schwarzer Menschen in der Schweiz erst auf die 1970er-Jahre datiert und durch stereotypisierte Darstellungen als Entwicklungshilfeempfänger und Asylsuchende in der Schweizer Öffentlichkeit rassistisch markiert. Zweitens ließen sich diese stereotypisierten Bilder auf koloniale Diskriminierungsmuster zurückführen, die aber gerade ab den 1970er-Jahren durch die Verbannung der Kategorie Rasse aus dem öffentlichen Diskurs in Vergessenheit gerieten. Diese Muster seien aber keineswegs verschwunden,

¹ James Baldwin, *Stranger in a Village*. In: *Harper's Magazine*, Oktober 1953.

sondern lebten fort im Narrativ der Gefahr, dass die Kulturen der Post-Kolonisierten für das westliche Prinzip des kulturellen Pluralismus darstellen würden. Drittens sei es kein Zufall, dass die Kritiken gegen die Identitätspolitik von rassistisch oder geschlechtlich markierten Subjekten immer dann besonders prominent würden, sobald eine neue selbstbewusste Generation solcher Subjekte die politische und kulturelle Bühne der Schweiz betrete. Die Rhetorik um den „post-identitären Liberalismus“ sei daher als weiße rassistische Identitätspolitik zu verstehen, welche die erlebte Diskrimination von Schwarzen und People Of Colour im politischen, kulturellen und sozialen Bereich ausblende und das Weißsein wieder ins Zentrum der Schweizer Identität rücke.

GABRIELE DIETZE (Berlin) wandte sich einem weiteren, mächtigen Überlegenheitsdiskurs weißer männlichen Identität zu, den sie als ethnoexististische Konfiguration bezeichnet. Ethnoexististische Konfigurationen seien im verbreiteten argumentativen Paradigma zu erkennen, dass männliche, (post-)kolonisierte Subjekte weiße Frauen sexuell missbrauchen würden. Solche ethnoexististischen Konfigurationen würden „Schläfer im kollektiven Gedächtnis“ bilden, die in unterschiedlichen zeiträumlichen Konstellationen westlicher Geschichte aufgetreten seien und immer wieder geweckt werden könnten. Die Debatte infolge der sogenannten Silvesternacht von Köln 2015/2016 sei dafür mustergültig: Viele Titelseiten aus der deutschen Presselandschaft hätten für die bildliche Stilisierung der beklagten sexuellen Belästigungen systematisch von den Farben Schwarz und Weiß Gebrauch gemacht und somit die zwei involvierten Parteien eindeutig ethnisch/rassistisch codiert. Wie eine solche Codierung als diskursiver Dispositiv für die Diskriminierung bestimmter sozialen Gruppen – in diesem Fall junge unverheiratete muslimische Männer – sowie für die Festigung einer mehrheitsgesellschaftlich überlegenen rassistischen Identität – das Weißsein – fungiere, werde durch den Vergleich mit Massenvergewaltigungen deutscher Frauen seitens von Soldaten der alliierten Armeen am Ende des Zweiten Weltkrieges besonders deutlich. Das jahrelange Verschweigen eines dermaßen großen – in An-

betracht von Opferzahlen und Schwere der Verbrechen – Vorfalles sexueller Gewalt im Gegensatz zur intensiv geführten Debatte um die Kölner Silvesternacht zeige, dass die Aktivierung bzw. Nicht-Aktivierung ethnoexististischer Konfigurationen sich durch asymmetrische Machtverhältnisse zwischen den ‚Opfer-Identitäten‘ bzw. ‚Täter-Identitäten‘ erklären lasse.

In ihrem Vortrag über die polnische Identitätspolitik vor und nach dem Wendejahr 1989 rückte CLAUDIA KRAFT (Wien) den Fokus von Rasse/Ethnie auf Klasse und Geschlecht. Ausgangspunkt des Vortrags war ein Parallelismus zwischen der aus der Zusammenwirkung von ethnischen, kulturellen und religiösen Elementen resultierenden Idee der Polonität und dem in erster Linie rassistisch-codierten Konzept der *whiteness* aus den Vereinigten Staaten: In der aktuellen rechts-konservativen politischen Rhetorik der beiden Länder seien sowohl Polonität als auch *whiteness* zu markierten Identitätskategorien und deswegen auch zum Gegenstand von Konflikten in der politischen Arena geworden. Die Genese einer solchen Markierung für Polen sei ab den späten 1970er- bzw. frühen 1980er-Jahren zu verorten und in Zusammenhang mit der Entstehung sowie der Umwandlung der „Solidarność“ von einer gewerkschaftlichen Mobilisierung um Fragen der politischen Partizipation der Arbeiterklasse hin zu einer von intellektuellen Eliten hegemonisierten Bewegung um universelle Bürgerrechte zu setzen. Infolge des Jahres 1989 sei zum einen die vorher groß angepreiste Kampfbereitschaft der polnischen Arbeiter/innen für ihre materielle Sicherung als Überbleibsel des alten Systems diskreditiert und aus dem hegemonialen Narrativ des Sieges politischer und ökonomischer Freiheit ausgeklammert worden. Die heutige Re-Zentrierung der Polonität um die Kategorien ethnischer Herkunft, Konfession und Kultur sei daher als identitätspolitische Reaktion zur Marginalisierung der Arbeiterklasse aus diesem universalistischen Narrativ zu verstehen. Zum anderen erlebe auch das weibliche Geschlecht eine analoge Marginalisierung, die allerdings optimistischere Schlussfolgerungen erlaube. Auch für Frauen habe die Verlagerung des Fokusses auf die Bürgerrechte nach 1989 keine Einlösung

des Gleichheitsversprechens gebracht, sondern eher eine Verschlechterung materieller Umstände bei keiner Verbesserung der Selbstbestimmungsmöglichkeiten, so unter anderem über den eigenen Körper. Der sogenannte „Schwarze Protest“ gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes 2016 lasse allerdings hoffen, dass es sich in diesem Fall vielmehr um die Entstehung eines neuen politischen Subjektes als um einen identitätspolitischen Backlash handele.

Der US-amerikanische Identitätswurf der *whiteness* stand im Mittelpunkt des sektionsabschließenden Vortrags von JÜRGEN MARTSCHUKAT (Erfurt). Mit den verlorenen Präsidentschaftswahlen seien im demokratischen Politikspektrum Stimmen laut geworden, die für eine Abwendung von den als partikularistisch etikettierten Identitätspolitiken einzelner diskriminierter Gruppen zugunsten einer Betonung der gemeinsamen demokratischen Grundwerte der US-amerikanischen Gesellschaft plädierten. Unterschiedliche Wissenschaftler/innen antworteten mit dem Hinweis auf die systematische Ausschließung unterschiedlicher Subjekten aus dieser Wertegemeinschaft gerade entlang von rassistischen, konfessionellen, ethnischen und geschlechtlichen Trennungslinien. Vielmehr als sie zu hinterfragen, würde der Sieg von Trump daher die Schlüsselbedeutung der Identitätskategorie (weiße) Rasse für die Selbst-Behauptung und Selbst-Verortung sozialer Gruppen im Zentrum der US-amerikanischen Gesellschaft deutlich und besonders sichtbar machen. Der Vortrag zielte darauf, diese These in eine historische Perspektive zu stellen und zu zeigen, wie sich die Identitätspolitik von marginalisierten US-amerikanischen Subjekten – Schwarzen, Latinos, Frauen oder LGBTQ – historisch als Reaktion zu einer hegemonialen Identitätspolitik des Weißseins verstehen lasse. Identitätspolitik bilde eine Ressource „der Schwächsten“, sie sei aber auch als statusabhängige Politik ein Instrument der Gesellschaftsordnung. Das könne gut daran erkannt werden, dass die identitäre Triade weiß, männlich, Protestant für die Vereinigten Staaten von Entstehungsbeginn an eine zentrale Rolle gespielt habe. Sie stelle eine selbstverständliche, unmarkierte Identitätskategorie dar, die

allerdings immer Gegenstand von gezielten politischen Mobilisierungen in jenen historischen Konstellationen gewesen sei, in denen soziale Ordnung hinterfragt wurde. Paradebeispiele dafür seien die Entstehung des Ku-Klux-Klans nach der Abschaffung der Sklaverei und die Relevanz, welche die WASP-Identität im Laufe des 19. Jahrhunderts als Abgrenzungsstrategie von süd- und osteuropäischen Migrant/innen gewann. Vor dem Hintergrund der Wahl Obamas als erster schwarzer US-Präsident lasse sich Trumps Motto „*Make America great again*“ in dieser Traditionslinie weißer hegemonialer Identitätspolitik stellen.

CLAUDIA BRUNS (Berlin) begann ihren abschließenden Kommentar mit einer Reflexion über Authentizität als Schlüsselbegriff der Identitätspolitik von marginalisierten Gruppen, deren Wahrheits- und Wirklichkeitsanspruch die rechte Rhetorik hinterfrage, aber zugleich für die Sicherung der Hegemonie des identitären Gesellschaftszentrums aneigne. Die wahrgenommene und diskursiv konstruierte Gefahr, die eigene zentrale Position zu verlieren, und das Selbstverständnis als Opfer stelle damit die Gemeinsamkeit zwischen rechter und linker Identitätspolitik dar, wobei der Unterschied wiederum in der Zeitlichkeit und in dem „Wirklichkeitsbezug“ liege. Während marginalisierte Gruppen die Legitimität ihrer identitätspolitischen Strategie aus konkreten Unterlegenheitserfahrungen in der Gegenwart ableiteten, legitimiere das weiße hegemoniale Gesellschaftszentrum seine politische Mobilisierung durch die Angst, in der Zukunft unterlegen zu sein. Das zeige die große Kraft der Gefühle und des Imaginären in der politischen Arena. Besonders störend wirke dabei für linksorientierte Intellektuelle die strategische Verwendung menschenrechtlicher Argumente seitens des rechten Spektrums – wie zum Beispiel die Notwendigkeit des Schutzes von (weißen) Frauen, (weißen) Homosexuellen oder von der (westlichen) pluralistischen Gesellschaft –, um Rechte zu negieren sowie die damit zusammenhängende Ent-Universalisierung und Nationalisierung dieser Rechte. Die gefühlten Bedrohungsszenarien vom Untergang westlicher Prinzipien (zum Beispiel infolge von Migration) in bester aufklärerischer Tradition lasse

irrational abzutun, sei allerdings nicht weiterführend, da die Genese der heute wirkenden rassistischen und kulturellen Diskriminierungsparadigmen gerade in der Aufklärung gesucht werden sollte. Die hegemoniale Macht des aufklärerischen Europas liege im widersprüchlichen Selbstverständnis, dass die Werte von Freiheit oder Gleichheit zugleich eine universelle Geltung haben sowie ein europäisches Alleinstellungsmerkmal bilden würden, woraus die Überlegenheit Europas gegenüber dem Rest resultiere. Dass die marginalisierten Gruppen sich ausgerechnet auf diese Werte berufen, um Anerkennung für ihren Status zu bekommen und dass die Möglichkeit dieses Appells im Namen der gleichen Werte aberkannt wird, entblöße die Ambivalenz und die diskriminierende Kehrseite des aufklärerischen Universalismus. Man sollte daher dem Plädoyer von Jacques Derridas über eine „Aufklärung unserer Zeit“² folgen, die sich ihrer Ambivalenzen bewusst ist sowie Universalismus und Differenz in sich vereinbart.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Claudia Kraft (Wien) / Jürgen Martschukat (Erfurt)

Claudia Kraft (Wien): Einführung

Barbara Lüthi (Köln): „‘White-washing’ in der Schweiz“

Gabriele Dietze (Berlin): „Sexualpolitische Ermächtigungsstrategien in Deutschland“

Claudia Kraft (Wien): „Identitätspolitik in der Dritten Polnischen Republik seit 1989“

Jürgen Martschukat (Erfurt): „Spaltungen der US-Gesellschaft seit den 1970er Jahren“

Claudia Bruns (Berlin): Kommentar

Tagungsbericht *HT 2018: Gespaltete Gesellschaften: Politiken des Weißseins: Gespaltene Gesellschaften in Europa und Nordamerika*. 25.09.2018–28.09.2018, Münster, in: H-Soz-Kult 21.12.2018.

²Jacques Derrida, Das andere Kap. Zwei Essays zu Europa, Frankfurt am Main 2003, S. 57f.